

Amtsblatt

für den Landkreis
Ostprignitz-Ruppin

Neuruppin, den 10. Oktober 2000

Nr. 7 • 9. Jahrgang • 41. Woche

INHALTSVERZEICHNIS

- 1. BEKANNTMACHUNGEN**
- 1.1. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und den Gemeinden Blesendorf, Liebenthal, Maulbeerwalde und Zaatzke
- 1.2. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Halten und Führen von Hunden (Hundehalterverordnung – HundehV) vom 25. Juli 2000
- 1.3. Umstufungsverfügung
- 1.4.–1.5. Veröffentlichung von Kraftloserklärungen

1. Bekanntmachungen

1.1. Bekanntmachungsanordnung

Hiermit mache ich gemäß § 24 Abs. 3 GKG Bbg. folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und den Gemeinden Blesendorf, Liebenthal, Maulbeerwalde und Zaatzke und deren kommunalaufsichtliche Genehmigung öffentlich bekannt:

- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Blesendorf vom 01. 08. 2000
- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Liebenthal vom 02. 08. 2000
- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Maulbeerwalde vom 04. 08. 2000
- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Zaatzke vom 06. 09. 2000

Neuruppin, 13. 09. 2000

Gilde
Landrat

Siegel

Der Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin hat am 12. 09. 2000 die nachstehende Genehmigung, Az 30-15 tri, erteilt.
Genehmigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und den Gemeinden Blesendorf, Liebenthal, Maulbeerwalde und Zaatzke

Folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers auf die Gemeinde Heiligengrabe werden hiermit gemäß § 24 Abs. 2 GKG Bbg. kommunalaufsichtlich genehmigt:

- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Blesendorf vom 01. 08. 2000
- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Liebenthal vom 02. 08. 2000

- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Maulbeerwalde vom 04. 08. 2000
- Gemeinde Heiligengrabe mit Gemeinde Zaatzke vom 06. 09. 2000.

Gilde
Landrat

Siegel

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und der Gemeinde Blesendorf

Die Gemeinde Blesendorf hat im Einvernehmen mit der Gemeinde Heiligengrabe als Schulträger beschlossen, die Beschulung ihrer Grundschüler in der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe vorzunehmen.

Die Gemeinde Heiligengrabe und die Gemeinde Blesendorf schließen mit Wirkung vom 1. 8. 2000 gemäß § 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) vom 30. 12. 1991 (GVBl. S. 685) i. V. m. §§ 99 ff. und 106 BbgSchulG folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

Die Gemeinde Heiligengrabe ist Träger der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Sie verpflichtet sich, alle Grundschüler aus der Gemeinde Blesendorf ordnungsgemäß entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz zu beschulen.

§ 2 Schulbezirk

Gemäß § 106 BbgSchulG gehört die Gemeinde Blesendorf zum Schulbezirk der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Die Gemeinde Heiligengrabe erlässt im Einvernehmen mit der Gemeinde Blesendorf die erforderliche Satzung.

§ 3 Unterrichtung

Die Gemeinde Heiligengrabe unterrichtet im Sinne dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die Gemeinde Blesendorf von schulorganisatorischen Neuregelungen, geplanten Schulbau- und Schulerhaltungsmaßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe rechtzeitig.

Vor Errichtung, Änderung oder Auflösung der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe wird die Gemeinde Blesendorf angehört.

§ 4 Schulkostenbeitrag

Der Schulkostenbeitrag wird gemäß § 116 i. V. m. § 110 Abs. 1 Satz 2 BbgSchulG berechnet. Maßgebend für die Aufteilung der Kosten für das jeweilige Haushaltsjahr sind die Schülerzahlen des Abrechnungszeitraumes.

Am 1. 4. und 1. 10. eines jeden Jahres sind Abschläge in Höhe von 50 % auf die zu erwartenden Schulkosten (Haushaltsplan) zu entrichten. Die Rechnungslegung und Schlusszahlung erfolgen nach Abschluss des Haushaltsplanes zum 01. 03. auf der Grundlage der Jahresrechnung.

Durch diese Vereinbarung werden die Investitionskosten für Schulneu- oder Schulerweiterungsbauten nicht erfasst.

§ 5 Laufzeit

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird befristet bis 31. 07. 2007 abgeschlossen.

§ 6 Kündigung

Die Vereinbarung kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf für ihre Wirksamkeit der Zustimmung der für die Genehmigung dieser Vereinbarung zuständigen Aufsichtsbehörde. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 Übertragung

Die Gemeinde Heiligengrabe kann die durch diese Vereinbarung übertragene Zuständigkeit nicht weiter übertragen.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollte eine der vorstehenden Regelungen dem derzeit oder künftig geltenden Recht widersprechen, so soll sie durch eine rechtmäßige Regelung ersetzt werden, die dem Willen der vertragsschließenden Parteien nahekommt.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung im amtlichen Veröffentlichungsorgan der zuständigen Aufsichtsbehörde in Kraft.

Heiligengrabe,
den 01.08. 2000

Preuß
Bürgermeister
Gemeinde Heiligengrabe

Hamelow
Amtdirektor

Blesendorf,
den 01. 08. 2000

Hlouschek
Bürgermeister
Gemeinde Blesendorf

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und der Gemeinde Liebenthal

Die Gemeinde Liebenthal hat im Einvernehmen mit der Gemeinde Heiligengrabe als Schulträger beschlossen, die Beschulung ihrer Grundschüler in der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe vorzunehmen.

Die Gemeinde Heiligengrabe und die Gemeinde Liebenthal schließen mit Wirkung vom 1. 8. 2000 gemäß § 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) vom 30. 12. 1991 (GVBl. S. 685) i. V. m. §§ 99 ff. und 106 BbgSchulG folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

Die Gemeinde Heiligengrabe ist Träger der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Sie verpflichtet sich, alle Grundschüler aus der Gemeinde Liebenthal ordnungsgemäß entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz zu beschulen.

§ 2 Schulbezirk

Gemäß § 106 BbgSchulG gehört die Gemeinde Liebenthal zum Schulbezirk der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Die Gemeinde Heiligengrabe erlässt im Einvernehmen mit der Gemeinde Liebenthal die erforderliche Satzung.

§ 3 Unterrichtung

Die Gemeinde Heiligengrabe unterrichtet im Sinne dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die Gemeinde Liebenthal von schulorganisatorischen Neuregelungen, geplanten Schulbau- und Schülerhaltungsmaßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe rechtzeitig. Vor Errichtung, Änderung oder Auflösung der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe wird die Gemeinde Liebenthal angehört.

§ 4 Schulkostenbeitrag

Der Schulkostenbeitrag wird gemäß § 116 i. V. m. § 110 Abs. 1 Satz 2 BbgSchulG berechnet. Maßgebend für die Aufteilung der Kosten für das jeweilige Haushaltsjahr sind die Schülerzahlen des Abrechnungszeitraumes.

Am 1. 4. und 1. 10. eines jeden Jahres sind Abschläge in Höhe von 50 % auf die zu erwartenden Schulkosten (Haushaltsplan) zu entrichten. Die Rechnungslegung und Schlusszahlung erfolgen nach Abschluss des Haushaltsplanes zum 01. 03. auf der Grundlage der Jahresrechnung. Durch diese Vereinbarung werden die Investitionskosten für Schulneu- oder Schulerweiterungsbauten nicht erfasst.

§ 5 Laufzeit

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird befristet bis 31. 07. 2007 abgeschlossen.

§ 6 Kündigung

Die Vereinbarung kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf für ihre Wirksamkeit der Zustimmung der für die Genehmigung dieser Vereinbarung zuständigen Aufsichtsbehörde. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 Übertragung

Die Gemeinde Heiligengrabe kann die durch diese Vereinbarung übertragene Zuständigkeit nicht weiter übertragen.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollte eine der vorstehenden Regelungen dem derzeit oder künftig geltenden Recht widersprechen, so soll sie durch eine rechtmäßige Regelung ersetzt werden, die dem Willen der vertragsschließenden Parteien nahekommt.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung im amtlichen Veröffentlichungsorgan der zuständigen Aufsichtsbehörde in Kraft.

Heiligengrabe,
den 02. 08. 2000

Preuß
Bürgermeister
Gemeinde Heiligengrabe

Hamelow
Amtdirektor

Liebenthal,
den 02. 08. 2000

Strenge
Bürgermeister
Gemeinde Liebenthal

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und der Gemeinde Maulbeerwalde

Die Gemeinde Maulbeerwalde hat im Einvernehmen mit der Gemeinde Heiligengrabe als Schulträger beschlossen, die Beschulung ihrer Grundschüler in der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe vorzunehmen.

Die Gemeinde Heiligengrabe und die Gemeinde Maulbeerwalde schließen mit Wirkung vom 1. 8. 2000 gemäß § 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) vom 30. 12. 1991 (GVBl. S. 685) i. V. m. §§ 99 ff. und 106 BbgSchulG folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

Die Gemeinde Heiligengrabe ist Träger der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Sie verpflichtet sich, alle Grundschüler aus der Gemeinde Maulbeerwalde ordnungsgemäß entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz zu beschulen.

§ 2 Schulbezirk

Gemäß § 106 BbgSchulG gehört die Gemeinde Maulbeerwalde zum Schulbezirk der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Die Gemeinde Heiligengrabe erlässt im Einvernehmen mit der Gemeinde Maulbeerwalde die erforderliche Satzung.

§ 3 Unterrichtung

Die Gemeinde Heiligengrabe unterrichtet im Sinne dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die Gemeinde Maulbeerwalde von schulorganisatorischen Neuregelungen, geplanten Schulbau- und Schülerhaltungsmaßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe rechtzeitig.

Vor Errichtung, Änderung oder Auflösung der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe wird die Gemeinde Maulbeerwalde angehört.

§ 4 Schulkostenbeitrag

Der Schulkostenbeitrag wird gemäß § 116 i. V. m. § 110 Abs. 1 Satz 2 BbgSchulG berechnet. Maßgebend für die Aufteilung der Kosten für das jeweilige Haushaltsjahr sind die Schülerzahlen des Abrechnungszeitraumes.

Am 1. 4. und 1. 10. eines jeden Jahres sind Abschläge in Höhe von 50 % auf die zu erwartenden Schulkosten (Haushaltsplan) zu entrichten. Die Rechnungslegung und Schlusszahlung erfolgen nach Abschluss des Haushaltsplanes zum 01. 03. auf der Grundlage der Jahresrechnung.

Durch diese Vereinbarung werden die Investitionskosten für Schulneu- oder Schulerweiterungsbauten nicht erfasst.

§ 5 Laufzeit

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird befristet bis 31. 07. 2007 abgeschlossen.

§ 6 Kündigung

Die Vereinbarung kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden.

Die Kündigung bedarf für ihre Wirksamkeit der Zustimmung der für die Genehmigung dieser Vereinbarung zuständigen Aufsichtsbehörde. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 Übertragung

Die Gemeinde Heiligengrabe kann die durch diese Vereinbarung übertragene Zuständigkeit nicht weiter übertragen.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollte eine der vorstehenden Regelungen dem derzeit oder künftig geltenden Recht widersprechen, so soll sie durch eine rechtmäßige Regelung ersetzt werden, die dem Willen der vertragsschließenden Parteien nahekommt.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung im amtlichen Veröffentlichungsorgan der zuständigen Aufsichtsbehörde in Kraft.

Heiligengrabe,
den 04. 08. 2000

Maulbeerwalde,
den 04. 08. 2000

Preuß
Bürgermeister
Gemeinde Heiligengrabe

Seier
Bürgermeister
Gemeinde Maulbeerwalde

Hamelow
Amtdirektor

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben des Schulträgers zwischen der Gemeinde Heiligengrabe und der Gemeinde Zaatzke

Die Gemeinde Zaatzke hat im Einvernehmen mit der Gemeinde Heiligengrabe als Schulträger beschlossen, die Beschulung ihrer Grundschüler in der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe vorzunehmen.

Die Gemeinde Heiligengrabe und die Gemeinde Zaatzke schließen mit Wirkung vom 1. 8. 2000 gemäß § 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) vom 30. 12. 1991 (GVBl. S. 685) i. V. m. §§ 99 ff. und 106 BbgSchulG folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

Die Gemeinde Heiligengrabe ist Träger der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Sie verpflichtet sich, alle Grundschüler aus der Gemeinde Zaatzke ordnungsgemäß entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz zu beschulen.

§ 2 Schulbezirk

Gemäß § 106 BbgSchulG gehört die Gemeinde Zaatzke zum Schulbezirk der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe. Die Gemeinde Heiligengrabe erlässt im Einvernehmen mit der Gemeinde Zaatzke die erforderliche Satzung.

§ 3 Unterrichtung

Die Gemeinde Heiligengrabe unterrichtet im Sinne dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung die Gemeinde Zaatzke von schulorganisatorischen Neuregelungen, geplanten Schulbau- und Schulerhaltungsmaßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe rechtzeitig.

Vor Errichtung, Änderung oder Auflösung der Integrierten Gesamtschule Heiligengrabe wird die Gemeinde Zaatzke angehört.

§ 4 Schulkostenbeitrag

Der Schulkostenbeitrag wird gemäß § 116 i. V. m. § 110 Abs. 1 Satz 2 BbgSchulG berechnet. Maßgebend für die Aufteilung der Kosten für das jeweilige Haushaltsjahr sind die Schülerzahlen des Abrechnungszeitraumes.

Am 1. 4. und 1. 10. eines jeden Jahres sind Abschläge in Höhe von 50 % auf die zu erwartenden Schulkosten (Haushaltsplan) zu entrichten. Die Rechnungslegung und Schlusszahlung erfolgen nach Abschluss des Haushaltsplanes zum 01. 03. auf der Grundlage der Jahresrechnung.

Durch diese Vereinbarung werden die Investitionskosten für Schulneu- oder Schulerweiterungsbauten nicht erfasst.

§ 5 Laufzeit

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird befristet bis 31. 07. 2007 abgeschlossen.

§ 6 Kündigung

Die Vereinbarung kann mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden.

Die Kündigung bedarf für ihre Wirksamkeit der Zustimmung der für die Genehmigung dieser Vereinbarung zuständigen Aufsichtsbehörde. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 Übertragung

Die Gemeinde Heiligengrabe kann die durch diese Vereinbarung übertragene Zuständigkeit nicht weiter übertragen.

§ 8 Salvatorische Klausel

Sollte eine der vorstehenden Regelungen dem derzeit oder künftig geltenden Recht widersprechen, so soll sie durch eine rechtmäßige Regelung ersetzt werden, die dem Willen der vertragsschließenden Parteien nahekommt.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung im amtlichen Veröffentlichungsorgan der zuständigen Aufsichtsbehörde in Kraft.

Heiligengrabe,
den 6. 9. 2000

Zaatzke,
den 6. 9. 2000

Preuß
Bürgermeister
Gemeinde Heiligengrabe

Kluchert
Bürgermeister
Gemeinde Zaatzke

Hamelow
Amtdirektor

1.2. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Halten und Führen von Hunden (Hundehalterverordnung – HundehV) Vom 25. Juli 2000

Auf Grund des § 25 Abs. 1 des Ordnungsbehördengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (GVBl. I S. 266) verordnet der Minister des Innern:

§ 1 Halten von Hunden

- (1) Ein befriedetes Besitztum, auf dem ein Hund gehalten wird, muss gegen ein unbeabsichtigtes Entweichen des Hundes angemessen gesichert sein.
- (2) Gefährliche Hunde, mit Ausnahme der Hunde im Sinne des § 8 Abs. 2, sind so zu halten, dass sie das befriedete Besitztum nicht gegen den Willen des Hundehalters verlassen können (ausbruchsichere Einfriedung). Alle Zugänge zu dem ausbruchsicher eingefriedeten Besitztum sind durch deutlich sichtbare Warnschilder mit der Aufschrift „Vorsicht gefährlicher Hund!“ oder „Vorsicht bissiger Hund!“ kenntlich zu ma-

chen. Die Haltung von Hunden im Sinne des § 8 Abs. 2 ist verboten.

- (3) Gefährliche Hunde dürfen nicht in Mehrfamilienhäusern gehalten werden. Von dem Verbot nach Satz 1 kann im Rahmen der Erlaubnis nach § 10 befreit werden, wenn unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sichergestellt ist, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht gefährdet werden.

§ 2 Führen von Hunden

- (1) Wer Hunde außerhalb des befriedeten Besitztums führt, muss körperlich und geistig die Gewähr dafür bieten, jederzeit den Hund so beaufsichtigen zu können, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht gefährdet werden. Der Hundeführer hat den Hund ständig zu beaufsichtigen und sicher zu führen. Gefährliche Hunde dürfen nur von Personen geführt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, die erforderliche Zuverlässigkeit nach § 12 besitzen und den Nachweis der erforderlichen Sachkunde nach § 11 für den zu führenden gefährlichen Hund oder einen anderen gefährlichen Hund erbracht haben.
- (2) Eine Person darf nicht mehr als drei Hunde gleichzeitig führen. Wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, darf nur einen Hund führen. Ein gefährlicher Hund darf nicht gleichzeitig mit einem oder mehreren anderen Hunden geführt werden.
- (3) Außerhalb des befriedeten Besitztums müssen Hunde ein Halsband mit Namen und Adresse des Hundehalters tragen. Gefährliche Hunde, die im Land Brandenburg gehalten werden, haben darüber hinaus am Halsband eine Plakette deutlich sichtbar zu tragen. Diese Plakette ist rot, kreisrund, zeigt das Landeswappen und die Schrift erhaben in Prägung und hat einen Durchmesser von 40 Millimetern. Hunde im Sinne des § 8 Abs. 3, für die ein Negativzeugnis erteilt wurde, haben ebenfalls eine Plakette deutlich sichtbar am Halsband zu tragen. Diese Plakette ist grün, kreisrund, zeigt das Landeswappen und die Schrift erhaben in Prägung und hat einen Durchmesser von 40 Millimetern.
- (4) Der Führer eines gefährlichen Hundes hat die Erlaubnis nach § 10 außerhalb des befriedeten Besitztums mitzuführen und auf Verlangen den zuständigen Behörden auszuhändigen. Der Führer eines Hundes im Sinne des § 8 Abs. 3 hat außerhalb des befriedeten Besitztums das Negativzeugnis mitzuführen und auf Verlangen den zuständigen Behörden auszuhändigen.
- (5) Gefährliche Hunde, die außerhalb des Landes Brandenburg gehalten werden, haben im Land Brandenburg am Halsband neben dem Namen und der Adresse des Hundehalters eine nach Absatz 3 Satz 2 und 4 entsprechende Plakette zu tragen, soweit nach den dortigen Vorschriften eine solche Kennzeichnung vorgeschrieben ist.
- (6) Der Hundehalter hat sicherzustellen, dass sich der Hund nicht unbeaufsichtigt außerhalb des befriedeten Besitztums aufhält. Hunde dürfen nur Personen überlassen werden, die die Gewähr dafür bieten, dass die Vorschriften dieser Verordnung eingehalten werden.

§ 3 Leinenpflicht und Maulkorbzwang

- (1) Hunde sind
1. bei öffentlichen Versammlungen, Umzügen, Aufzügen, Volksfesten und sonstigen Veranstaltungen mit Menschenansammlungen,
 2. auf Sport- oder Campingplätzen,
 3. in umfriedeten oder anderweitig begrenzten der Allgemeinheit zugänglichen Park-, Garten- und Grünanlagen
 4. in Einkaufszentren, Fußgängerzonen, Verwaltungsgebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln und
 5. bei Mehrfamilienhäusern auf Zuwegen, in Treppenhäusern oder sonstigen von der Hausgemeinschaft gemeinsam genutzten Räumen
- so an der Leine zu führen, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht gefährdet werden. Die Leine muss reißfest sein und darf ein Höchstmaß von zwei Metern nicht überschreiten. Darüber hinaus ist ein Hund, der als gefährlich gilt, auch außerhalb des befriedeten Besitztums ständig an einer höchstens zwei Meter langen und reißfesten Leine zu führen.
- (2) Die Leinenpflicht nach Absatz 1 gilt nicht in den als Hundeauslaufgebiet gekennzeichneten Gebieten, wenn der Hund einen das Beißen verhindernden Maulkorb trägt.

- (3) In Verwaltungsgebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln hat jeder Hund einen das Beißen verhindernden Maulkorb zu tragen. Darüber hinaus ist einem Hund, der als gefährlich gilt, außerhalb des befriedeten Besitztums ein das Beißen verhindernder Maulkorb anzulegen.
- (4) Kommunale Rechtsvorschriften hinsichtlich einer darüber hinausgehenden Leinenpflicht oder eines darüber hinausgehenden Maulkorbzwanges bleiben unberührt.

§ 4 Mitnahmeverbot

Hunde dürfen nicht

1. auf Kinderspielplätze,
 2. auf Liegewiesen, die als solche gekennzeichnet sind, und
 3. in Badeanstalten sowie an als solche gekennzeichnete öffentliche Badestellen
- mitgenommen werden. § 3 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 5 Untersagung des Haltens und Tötung von Hunden

- (1) Die örtliche Ordnungsbehörde hat das Halten eines Hundes zu untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Erlaubnisvoraussetzungen des § 7 Abs. 1 oder des § 10 Abs. 2 nicht erfüllt werden oder durch das Halten eine Gefahr für Leben oder Gesundheit von Menschen oder Tieren ausgeht. Dies ist insbesondere anzunehmen, wenn der Hund von einer Person gehalten wird, die nicht die erforderliche Zuverlässigkeit für den Umgang mit Hunden besitzt.
- (2) Hat ein Hund einem Menschen oder einem Tier eine schwere Körperverletzung zugefügt, kann die zuständige Behörde die Sicherstellung und Tötung des Hundes anordnen.

§ 6 Anzeige- und Kennzeichnungspflicht

- (1) Der Halter eines Hundes mit einer Widerristhöhe von mindestens 40 Zentimetern oder einem Gewicht von mindestens 20 Kilogramm hat der örtlichen Ordnungsbehörde unverzüglich die Hundehaltung anzuzeigen und den Nachweis der Zuverlässigkeit im Sinne des § 12 vorzulegen.
- (2) Ein Hund im Sinne des Absatzes 1 ist dauerhaft auf Kosten des Halters mit Hilfe eines Mikrochip-Transponders gemäß ISO-Standard zu kennzeichnen. Die Identität des Hundes (Rasse, Gewicht, Größe, Alter, Farbe und Chipnummer) ist der örtlichen Ordnungsbehörde zusammen mit der Anzeige nach Absatz 1 mitzuteilen.

§ 7 Zucht, Ausbildung und Abrichten

- (1) Bei der Zucht von Hunden ist eine größtmögliche Vielfalt genetischer Verhaltensmerkmale anstelle einer selektiven Steigerung genetischer Aggressionsmerkmale sicherzustellen. Die Zucht von und mit gefährlichen Hunden ist verboten. Die Zucht der in § 8 Abs. 3 genannten Hunderassen bedarf der Erlaubnis der örtlichen Ordnungsbehörde. Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen von Satz 1 und § 10 Abs. 2 Nr. 1 bis 5 vorliegen. § 10 Abs. 3 Satz 1, 3 und 4 und Abs. 5 und 6 gilt entsprechend.
- (2) Hunde dürfen nicht durch Ausbildung, Abrichten oder Halten zu gefährlichen Hunden im Sinne des § 8 Abs. 1 herangebildet werden.
- (3) Bei der Ausbildung, dem Abrichten und der Aufzucht eines Hundes ist insbesondere auf die Heranbildung eines für Mensch und Tier sozialverträglichen, dem Halter jederzeit Folge leistenden Hundes hinzuwirken.

§ 8 Gefährliche Hunde

- (1) Als gefährliche Hunde im Sinne dieser Verordnung gelten:
1. Hunde, bei denen auf Grund rassespezifischer Merkmale, Zucht, Ausbildung oder Abrichten von einer über das natürliche Maß hinausgehenden Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder einer anderen in ihrer Wirkung vergleichbaren, Mensch oder Tier gefährdenden Eigenschaft auszugehen ist,
 2. Hunde, die als bissig gelten, weil sie einen Menschen oder ein Tier durch Biss geschädigt haben, ohne selbst angegriffen oder dazu durch Schläge oder in ähnlicher Weise provoziert worden zu sein, oder weil sie einen anderen Hund trotz dessen erkennbarer artüblicher Unterwerfungsgestik gebissen haben,
 3. Hunde, die durch ihr Verhalten gezeigt haben, das sie unkontrolliert Wild oder andere Tiere hetzen oder reißen, oder

4. Hunde, die ohne selbst angegriffen oder provoziert worden zu sein, wiederholt Menschen gefährdet haben, oder wiederholt Menschen in gefahrdrohender Weise angesprungen haben.

(2) Hunde folgender Rassen oder Gruppen sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden gelten auf Grund rassespezifischer Merkmale oder Zucht als gefährliche Hunde im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1:

1. American Pitbull Terrier,
2. American Staffordshire Terrier,
3. Bullterrier,
4. Staffordshire Bullterrier und
5. Tosa Inu.

(3) Insbesondere bei Hunden folgender Rassen oder Gruppen sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden ist von der Eigenschaft eines gefährlichen Hundes auf Grund rassespezifischer Merkmale oder Zucht im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 auszugehen, solange der Hundehalter nicht im Einzelfall der örtlichen Ordnungsbehörde nachgewiesen hat, dass der Hund keine gesteigerte Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder eine andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft gegenüber Mensch oder Tier aufweist:

1. Alano,
2. Bullmastiff,
3. Cane Corso,
4. Dobermann,
5. Dogo Argentino,
6. Dogue de Bordeaux,
7. Fila Brasileiro,
8. Mastiff,
9. Mastin Español,
10. Mastino Napoletano,
11. Perro de Presa Canario,
12. Perro de Presa Mallorquin und
13. Rottweiler.

Der Nachweis nach Satz 1 ist nur bei Hunden zulässig, die das erste Lebensjahr vollendet haben. Über den Nachweis nach Satz 1 erteilt die örtliche Ordnungsbehörde eine Bescheinigung (Negativzeugnis). Zuvor hat der Halter den Hund dauerhaft mit Hilfe eines Mikrochip-Transponders gemäß ISO-Standard kennzeichnen zu lassen und dies und seine Zuverlässigkeit nach § 12 der örtlichen Ordnungsbehörde nachzuweisen. Mit dem Negativzeugnis erhält der Hundehalter eine Plakette nach § 2 Abs. 3 Satz 4. Alle zwei Jahre nach der Erteilung des Negativzeugnisses hat der Halter die Voraussetzung für die Erteilung der Bescheinigung erneut nachzuweisen. Das Negativzeugnis verliert mit dem Wechsel des Hundehalters sowie nach der Feststellung der Gefährlichkeit des Hundes seine Gültigkeit.

§ 9 Handelsverbot

Das gewerbliche Inverkehrbringen von gefährlichen Hunden ist verboten. Personen, die über eine Erlaubnis nach § 7 Abs. 1 Satz 3 verfügen, sind von dem Verbot nach Satz 1 ausgenommen.

§ 10 Erlaubnispflicht

(1) Wer einen gefährlichen Hund ausbilden; abrichten oder mit Ausnahme der Hunde im Sinne von § 8 Abs. 2 halten will, bedarf der Erlaubnis der örtlichen Ordnungsbehörde.

- (2) Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn
1. die antragstellende Person das 18. Lebensjahr vollendet hat,
 2. sie die erforderliche Sachkunde nach § 11 besitzt,
 3. keine Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die antragstellende Person die erforderliche Zuverlässigkeit nach § 12 nicht besitzt,
 4. die dem Halten, der Ausbildung und dem Abrichten dienenden Räumlichkeiten, Einrichtungen und Freianlagen eine verhältnismäßige und ausbruchssichere Unterbringung ermöglichen,
 5. die körperliche Unversehrtheit von Menschen und Tieren nicht gefährdet wird und
 6. die antragstellende Person, soweit diese das Halten eines gefährlichen Hundes beantragt hat, ein berechtigtes Interesse daran nachweist. Ein berechtigtes Interesse an dem Halten eines gefährlichen Hundes kann insbesondere vorliegen, wenn das Halten der Bewachung eines besonders gefährdeten Besitzums dient.

(3) Die Erlaubnis kann befristet und unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Die Erlaubnis zum Halten ist mit der Auflage zu versehen, den Hund dauerhaft mit Hilfe eines Mikrochip-Transponders gemäß ISO-Standard zu kennzeichnen und kastrieren oder sterilisieren zu lassen. Auflagen können auch nachträglich aufgenommen, geändert oder ergänzt werden. Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass eine der Voraussetzungen des Absatzes 2 bei der Erteilung nicht vorgelegen hat oder eine Voraussetzung nach der Erteilung der Erlaubnis entfallen ist.

(4) Für die Haltung eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 8 Abs. 3, der das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, darf eine befristete Erlaubnis abweichend von Absatz 2 auch ohne den Nachweis eines berechtigten Interesses und ohne die Auflagen der Kastration oder Sterilisation erteilt werden.

(5) Der Halter hat die erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit alle zwei Jahre nach der Erteilung der Erlaubnis erneut nachzuweisen. Satz 1 gilt für die Ausbildung und Abrichtung gefährlicher Hunde entsprechend.

(6) Die Erlaubnis wird von der örtlichen Ordnungsbehörde im Benehmen mit dem zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt erteilt.

§ 11 Sachkunde

Die erforderliche Sachkunde im Sinne des § 10 Abs. 2 Nr. 2 besitzt eine Person, die über die Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, einen gefährlichen Hund jederzeit so zu halten und zu führen, dass von diesem keine Gefahr für Menschen, Tiere oder Sachen ausgeht. Der Nachweis der erforderlichen Sachkunde ist auf Grund einer Sachkundepfung gegenüber der örtlichen Ordnungsbehörde zu erbringen. Eine Ausbildung zum Hundehalter von Bundes- oder Landesbehörden gilt als Nachweis der erforderlichen Sachkunde.

§ 12 Zuverlässigkeit

(1) Die erforderliche Zuverlässigkeit im Sinne der §§ 2, 5 Abs. 1 und der §§ 6 und 10 Abs. 2 Nr. 3 besitzen in der Regel Personen nicht, die insbesondere

1. wegen vorsätzlichen Angriffs auf das Leben oder die Gesundheit, Vergewaltigung, Zuhälterei, Land- oder Hausfriedensbruch, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, einer gemeingefährlichen Straftat oder einer Straftat gegen das Eigentum und das Vermögen,
2. mindestens zweimal wegen einer im Zustand der Trunkenheit begangenen Straftat oder
3. wegen einer Straftat gegen das Tierschutzgesetz, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, das Sprengstoffgesetz oder das Bundesjagdgesetz rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre noch nicht verstrichen sind. In die Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher der Antragsteller auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

(2) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen ferner in der Regel Personen nicht, die

1. wiederholt oder gröblich gegen die Vorschriften des Tierschutzgesetzes, des Waffengesetzes, des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen, des Sprengstoffgesetzes oder des Bundesjagdgesetzes oder gegen die §§ 1, 2, 3 Abs. 1 und 3, §§ 4, 6, 7, 8, 10 Abs. 1 und 4 sowie die §§ 13 und 16 dieser Verordnung verstoßen haben,
2. auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer geistigen oder seelischen Behinderung Betreute nach § 1896 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind,
3. trunksüchtig oder rauchmittelsüchtig sind oder
4. keinen festen Wohnsitz nachweisen können.

(3) Als Nachweis der Zuverlässigkeit ist ein Führungszeugnis nach den Vorschriften des Bundeszentralregistergesetzes vorzulegen. Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die Zuverlässigkeit im Sinne des Absatzes 2 Nr. 3 begründen, so kann die örtliche Ordnungsbehörde von dem Erlaubnispflichtigen die Vorlage eines amts- oder fachärztlichen Gutachtens verlangen.

§ 13 Übergabe und Erwerb gefährlicher Hunde

(1) Die Übergabe eines gefährlichen Hundes mit dem Ziel der Aufgabe der Hundehaltung ist nur an Personen zulässig, die über eine Erlaubnis nach § 10 zum Halten dieses Hundes ver-

uf ihr
einen
nten

J auf
acht-

3 Au-
nach

s bis
der

3:06

3:09

3:12

3:18

3:25

3:32

3:35

die
ga-
gen

tle-
ach

Y,
eine

10 50

fügen. Der ehemalige Hundehalter hat die Aufgabe der Hundehaltung sowie den Namen und die Anschrift des Erwerbers unverzüglich der für ihn zuständigen Ordnungsbehörde mitzuteilen. Der Erwerber hat der für ihn zuständigen Ordnungsbehörde den Erwerb des gefährlichen Hundes unverzüglich anzuzeigen.

- (2) Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend bei der Übergabe und dem Erwerb eines Hundes, für den ein Negativzeugnis ausgestellt wurde.
- (3) Soll der Hund außerhalb des Landes Brandenburg gehalten werden, darf der Hund abweichend von Absatz 1 Satz 1 übergeben werden. Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 14 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 1 Abs. 1 das befriedete Besitztum nicht angemessen sichert,
 2. entgegen § 1 Abs. 2 das Besitztum nicht ausbruchsicher einfriedet oder alle Zugänge zu dem eingefriedeten Besitztum nicht mit den erforderlichen Warnschildern kenntlich macht,
 3. entgegen § 1 Abs. 2 Hunde im Sinne des § 8 Abs. 2 hält,
 4. entgegen § 1 Abs. 3 gefährliche Hunde in Mehrfamilienhäusern hält,
 5. entgegen § 2 Abs. 1 Hunde führt,
 6. entgegen § 2 Abs. 2 gleichzeitig mehrere Hunde führt,
 7. entgegen § 2 Abs. 3 und 5 einem Hund das vorgeschriebene Halsband nicht anlegt,
 8. entgegen § 2 Abs. 4 die Erlaubnis oder das Negativzeugnis nicht mit sich führt oder aushändigt,
 9. entgegen § 2 Abs. 6 Hunde Personen überlässt, die nicht die Voraussetzungen von § 2 Abs. 1 erfüllen und nicht die Gewähr für die Einhaltung des § 2 Abs. 2 und 3 und der §§ 3 und 4 bieten,
 10. entgegen § 3 Abs. 1 Hunde nicht an der vorgeschriebenen Leine führt,
 11. entgegen § 3 Abs. 3 Hunden nicht den Maulkorb anlegt,
 12. entgegen § 4 Hunde mitnimmt,
 13. entgegen einer Untersagungsverfügung nach § 5 Abs. 1 Hunde hält,
 14. entgegen § 6 die Hundehaltung nicht unverzüglich anzeigt,
 15. entgegen § 7 Hunde züchtet, ausbildet oder abrichtet,
 16. entgegen § 9 gefährliche Hunde in Verkehr bringt,
 17. entgegen § 10 Abs. 1 gefährliche Hunde ohne die erforderliche ordnungsbehördliche Erlaubnis hält, ausbildet, abrichtet oder dabei einer mit einer solchen Erlaubnis verbundenen vollziehbaren Auflage zuwiderhandelt,
 18. entgegen § 13 der Ordnungsbehörde nicht unverzüglich die genannten Mitteilungen macht oder den Erwerb des Hundes nicht unverzüglich anzeigt oder
 19. entgegen § 16 Abs. 2 der Ordnungsbehörde nicht unverzüglich die Hundehaltung anzeigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3, 15, 16, 17 und 19 mit einer Geldbuße bis zu 20.000 DM, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu 10.000 DM geahndet werden. Außerdem kann die Einziehung des Hundes angeordnet werden.

§ 15 Ausnahmeregelungen

- (1) Die Verordnung gilt nicht für Diensthunde der Polizei, des Grenzschutzes, des Zolls, der Bundeswehr, des Rettungsdienstes sowie des Katastrophenschutzes und Jagd- und Herdengebäuchshunde, soweit diese im Rahmen ihrer jeweiligen Zweckbestimmung eingesetzt werden.
- (2) Die Regelung des § 4 gilt nicht für Blindenhunde und Behindertenbegleithunde.

§ 16 Übergangsregelung

- (1) Für den Halter eines gefährlichen Hundes, der am 1. August 2000 eine Erlaubnis zum Halten eines gefährlichen Hundes besitzt, und für den Halter eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 8 Abs. 2, der ein Negativzeugnis für diesen Hund am 1. August 2000 besitzt, findet für diesen Hund § 1 Abs. 2 Satz

3 keine Anwendung und die Erlaubnispflicht nach § 10 gilt mit der Maßgabe, dass der Nachweis eines berechtigten Interesses zum Halten dieses gefährlichen Hundes entfällt. Im Übrigen gilt für diese § 10 unverändert.

- (2) Für den Halter eines gefährlichen Hundes im Sinne des § 8 Abs. 2, der ein Negativzeugnis am 1. August 2000 für diesen Hund besitzt, und für eine Person, die einen gefährlichen Hund im Sinne des § 8 Abs. 3 Nr. 1, 3, 4, 11, 12 und 13 am 1. August 2000 hält, gilt die Erlaubnispflicht nach § 10 Abs. 1 erst ab dem 1. November 2000. Die Halter haben der zuständigen örtlichen Ordnungsbehörde unverzüglich das Halten des Hundes anzuzeigen.

§ 17 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Abweichend von Absatz 1 treten § 2 Abs. 3 Satz 2 und 4 am 1. Oktober 2000 in Kraft.
- (3) Mit dem In-Kraft-Treten dieser Verordnung tritt die Hundehalterverordnung vom 12. Juni 1998 (GVBl. II S. 418) außer Kraft.

Potsdam, den 25. Juli 2000

Der Minister des Innern
Jörg Schönbohm

1.3. Umstufungsverfügung

Mit Wirkung vom 17. 07. 2000 wird gemäß § 7 Brandenburgisches Straßengesetz in der Neufassung vom 10. Juni 1999, veröffentlicht im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg – GVBl. Bbg. Teil I – Nr. 12 vom 28. Juni 1999, Seite 211

1. die Straße vom Abzweig der Landstraße L 167, in der Ortslage Wuthenow bis zum Abzweig der Kreisstraße NE 6 zur Kreisstraße aufgestuft.
Künftiger Träger der Straßenbaulast ist der Landkreis Ostprignitz-Ruppin.
2. die Kreisstraße NE 6 vom Abzweig nach Wuthenow bis zum ehemaligen Haltepunkt Gnewikow zur Stadtstraße abgestuft.
Künftiger Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Neuruppin.
Diese Verfügung gilt drei Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung als bekanntgegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Virchowstraße 14–16, 16816 Neuruppin, zu erheben.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist erfolgt ist.

Neuruppin, 04. September 2000

Ch. Gilde
Landrat

Siegel

teil

1.4.

Das Sparkassenbuch Nr. 4830013104 der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin wird gemäß § 6 SpkVO für kraftlos erklärt.

Neuruppin, den 14. 09. 2000 Sparkasse Ostprignitz-Ruppin
Der Vorstand

1.5.

Das Sparkassenbuch Nr. 4750008511 der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin wird gemäß § 6 SpkVO für kraftlos erklärt.

Neuruppin, den 14. 09. 2000 Sparkasse Ostprignitz-Ruppin
Der Vorstand

Ende der amtlichen Bekanntmachungen

Amtsblatt für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Herausgeber des Amtsblattes und verantwortlich für den amtlichen Teil: Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Der Landrat
Druck und Verlag: Heimatblatt Brandenburg Verlag, Märkerstieg 12-16, 14974 Ludwigsfelde • Auflage: 30.000 Exemplare